

Wir fordern einen attraktiven Arbeitsplatz Schule

Die Zahlen der Kündigungen von Lehrerinnen und Lehrern in NRW sind alarmierend. 800 Lehrkräfte haben im Jahr 2022 ihren Schuldienst gekündigt, darunter 286 verbeamtete Lehrkräfte. Klar ist: Das aktuelle Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung der Landesregierung beinhaltet zahlreiche Maßnahmen, die die Lehrkräfte zusätzlich belasten. Verschlechterte Arbeitsbedingungen werden zu weniger erteiltem Unterricht führen. Wir fordern die Landesregierung auf, sich ein umfassendes Bild darüber zu verschaffen, aus welchen Gründen der Lehrerberuf nicht mehr leistbar ist oder gar nicht erst ergriffen wird. Passende Rahmenbedingungen sollen geschaffen werden, damit unsere Lehrerinnen und Lehrer sich auf ihre Kernaufgaben fokussieren können. Auch vielfältige Karriereoptionen für junge Menschen machen es zudem zunehmend notwendig, den Lehrerberuf zeitgemäßer und attraktiver zu gestalten, um Nachwuchskräfte zu gewinnen. Zudem sollen alle angeordneten Maßnahmen von der Landesregierung, die das Arbeitsumfeld Schule verschlechtern, zurückgenommen werden. Zu diesen gehören Teilzeitverbote, Abordnungen ohne Einverständnis der Lehrkräfte sowie eine Ausweitung des Einsatzradius nach Rückkehr aus Beurlaubung oder Freistellung.

» [Link zum Antrag](#)

Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen

Personalknappheit bei zugleich wachsender Aufgabenfülle im Öffentlichen Dienst hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass ein erhebliches Volumen an behördlich angeordneter Mehrarbeit und von Überstunden entstanden ist. Diese Aufgabenfülle und die Stellenvakanzen lassen sich zeitnah nicht reduzieren. Umso wichtiger ist es daher, den betroffenen Beamten rechtssicher zu einem späteren Zeitpunkt den Freizeitausgleich zu gewähren. Die erbrachten Überstunden dürfen nicht verfallen. Das Land soll Langzeitarbeitskonten zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes endlich flächendeckend und zeitnah in allen Ressorts einführen. Dabei sollen sie so gestaltet werden, dass sämtliche geleistete Mehrarbeit auf diese überführt werden kann. Zudem soll das Land weiterhin sicherstellen, dass zukünftig keine Überstunden aus behördlich angeordneter Mehrarbeit kompensationslos verlorengehen.

» [Link zum Antrag](#)



Wir stärken den Kinderschutz in NRW

Der Kinderschutz ist in den vergangenen Jahren in NRW in den Vordergrund gerückt. Im Jahr 2022 wurde das erste und bundesweit stärkste Landeskinderschutzgesetz beschlossen. Fest steht: Die Verbesserung der Strukturen des Kinderschutzes ist ein andauernder Prozess. Es gilt stetig zu prüfen, an welchen Stellen können wir noch nachjustieren, um das Kinderschutzsystem in NRW weiter zu stärken. Mit einer gemeinsamen Initiative wollen die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP einen unabhängigen Beauftragten oder eine Beauftragte für die Belange von Kinderschutz und Kinderrechte in NRW etablieren. Diese Anlaufstelle für Fachkräfte, Expertinnen und Experten soll über Kinderschutz und Kinderrechte informieren, sensibilisieren und aufklären. Ferner soll eine Kooperation mit anderen Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragten erfolgen.

» [Link zum Antrag](#)

Planungsbeschleunigung von 66 NRW-Projekten

Das neue Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung der Berliner Ampelkoalition sieht vor, dass insgesamt 144 Verkehrsprojekte des Bundesverkehrswegeplans deutlich schneller umgesetzt werden sollen. Allein 66 dieser Verkehrsprojekte liegen in NRW. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, allen von der Bundesregierung vorgeschlagenen 66 Verkehrsprojekten zuzustimmen. Das Land soll alle Maßnahmen des Bundes für die Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unverzüglich und eins zu eins auf Landesebene umsetzen. Ein Aktionsplan, der die Maßnahmen des Bundes mit landesspezifischen Maßnahmen ergänzt, soll erarbeitet werden. Für eine rasche Umsetzung der Pläne aus der Berliner Koalition müssen die Behörden des Landes mit ausreichend personellen und organisatorischen Kapazitäten ausgestattet werden. Zudem sollen alle Planungs- und Genehmigungsverfahren schnellstmöglich und bestmöglich digitalisiert, standardisiert und automatisiert werden.

» [Link zum Antrag](#)

KI- und Legal Tech-Strategie der Justiz

Im Rahmen des Digitalgipfels der Justizministerinnen und Justizminister von Bund und Ländern wurde der hohe Stellenwert der Digitalisierung für eine bürgernahe, diskriminierungsfrei zugängliche und effiziente Justiz im modernen Rechtsstaat betont. Sie haben sich verpflichtet, mit Priorität eine Strategie zum Umgang mit KI und Legal Tech zu entwickeln. Der NRW-Justizminister hat in seinem Haus eine eigene Taskforce eingerichtet. Aufgrund der grundrechtlichen Konsequenzen bei der Anwendung von KI durch die Justiz, darf eine solche KI- und Legal Tech-Strategie jedoch nicht allein justiz- oder hausintern „in stiller Runde“ beschlossen werden. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, einen breiten öffentlichen Diskurs zu einer künftigen KI-Strategie der Justiz in NRW zu initiieren. Hierbei müssen alle betroffenen Fachbereiche eingebunden werden und rechtliche, ethische und technische Fragestellungen aufgegriffen werden. Das Ergebnis muss bei den Bürgern eine breite Zustimmung finden.

» [Link zum Antrag](#)

NRW muss Musikschul-Lehrkräfte sichern

Die Musikschulen in NRW leisten einen fundamentalen Beitrag zur kulturellen Bildung. Es ist daher wichtig, diesen Bereich der kulturellen Bildung als Zukunftsaufgabe und Bildungsziel für unsere vielfältige Gesellschaft auszubauen. Durch den zunehmenden Fachkräftemangel im Bereich der Musikschul-Lehrkräfte muss das Land aktiv Maßnahmen ergreifen, um die Attraktivität des Berufsbildes zu verbessern, insbesondere in Bezug auf die unterschiedliche Besoldung und öffentliche Werbung. Zudem sollen neue Möglichkeiten zur Qualifizierung und zum Quereinstieg von Musikschul-Lehrkräften geschaffen werden. Erforderlich ist auch eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Musikschulen und auch allgemeinbildenden Schulen, um die Zukunft der musikalischen Bildung zu sichern.

» [Link zum Antrag](#)

Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe

Der Fachkräftemangel hat in Deutschland ein Rekordniveau erreicht. Mehr als 630.000 Stellen blieben 2022 unbesetzt. Das ergab der Jahresrückblick 2022 des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA). Ein Grund für den Fachkräftemangel ist die sinkende Zahl von Auszubildenden. In NRW ist dieser Trend besonders stark. Daher bleibt eine der wichtigsten Herausforderungen, wieder mehr junge Menschen für Ausbildungsberufe zu gewinnen. Wir fordern die Landesregierung auf, eine landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe zu starten und dabei den Schwerpunkt auf soziale Medien wie YouTube, Instagram, etc. zu legen, um junge Menschen abzuholen. Geeignete Influencer sollen als Kooperationspartner gewonnen werden, um die Verbreitung der Kampagne zu unterstützen.

» [Link zum Antrag](#)